

WirtschaftsBlatt-Kommentar: Was Opec und das Baukartell gemeinsam haben (von Franz Gansrigler)

Utl: ausgabe vom 20.1.2001 =

wien (OTS) - Vor unser aller Augen ist diese Woche ein international spannendes Schauspiel abgelaufen. Gebannt blickte die Erdöl verbrauchende Welt dieser Tage nach Wien, wo sich auf einer ausserordentlichen Ministerkonferenz die Opec auf eine radikale Kürzung der Erdölförderung geeinigt hat. Mit Zornfalten auf der Stirn beobachteten EU und USA das Agieren des Erdöl exportierenden Kartells, warnten, forderten, drohten - doch der jüngste Preiseinbruch bei Opec-Rohöl, das einige Tage pro Barrel nur noch 21 Dollar gekostet hatte, zwang die Opec-Brüder zum Handeln. Die Zeche bezahlen wir alle. Zur Beantwortung der Frage, wann die Anfang dieser Woche von der OMV um 25 bis 30 Groschen gesenkten Preise für Benzin, Diesel und Ofenheizöl wieder hinaufschnellen werden, bedarf es keines Sterndeuters. Die Kartellabsprache kratzt zwar viele Wirtschaftszweige empfindlich, doch Protest war immer billig, nie effektiv. Und mit Liberalisierungsforderungen braucht man dem erfolgreichen Kartell erst gar nicht zu kommen. Ein ebenso spannendes Spektakel, wenngleich mit nur nationaler Bedeutung und ungleich geringeren finanziellen Auswirkungen, läuft seit Montag vor den Augen einer interessierten Business-Community in Österreich ab. Da sollen es doch 13 wackere leitende Mitarbeiter bedeutender Baufirmen gewagt haben, sich durch Preisabsprachen Wettbewerbsvorteile verschafft zu haben. Ja, die Staatsanwaltschaft unterstellt des weiteren sogar den Betrugstatbestand. Jetzt muss also bis kommenden Freitag, 26. Jänner, an dem Tag soll die Urteilsverkündung im so genannten Wiener Baukartell-Prozess erfolgen, nachgewiesen werden, ob die Preisabsprachen nur unverbindliche Gespräche in einer - zugegeben - wirtschaftlich nicht ganz rosigen Branche oder Mauseheien mit der Wiener Magistratsabteilung 28 waren, die zu empfindlichen Preiserhöhungen bei Strassenbauten mit Schäden für den Steuerzahler führten. Eine schwierige Sache für die Staatsanwaltschaft, wenn keine einzige Besprechung nachgewiesen werden kann, wo irgendjemand dezidiert einen Preis genannt hat. Da hätten es Kartellwächter mit der Opec schon leichter. Die sprechen sich in aller Öffentlichkeit, vor unseren TV-Augen, ab. Aber es ist wohl die Grösse, die Kläger und Richter erst gar nicht auf den Plan ruft. (Schluss) fg

Rückfragehinweis: WirtschaftsBlatt
Redaktion
Tel.: (01) 91919-305

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0220 2001-01-19/16:50

191650 Jän 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010119_OTS0220